

Farakka Wasservertrag unterzeichnet

Am 12. Dezember 1996 unterzeichneten die bangladeschische Premierministerin Sheikh Hasina Wajed und der indische Premierminister HD Deve Gowda einen Vertrag, der das Problem Farakka lösen und die bilateralen Beziehungen auf eine neue Grundlage stellen könnte.

Der auf 30 Jahre abgeschlossene Vertrag sieht für beide Staaten eine Wasserversorgung von mindestens 35.000 cusecs in der regenarmen Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Mai eines jeweiligen Jahres vor. Als Berechnungsgrundlage wurden die im Zeitraum 1949-1988 im oben genannten, in 10-Tage-Intervalle unterteilten Jahresabschnitt ermittelten Wassermengen herangezogen. Ein gemischter Ausschuss soll nun täglich an den geographischen Punkten "Farakka" und "Hardinge Bridge" die Wassermenge bestimmen und einen Jahresbericht auf der Grundlage der Beobachtungen und Messungen erstellen.

Der politische Hintergrund für die nun möglich gewordene Lösung eines Problems, das seit Erbauung des Farakka

Stauwehrs im Jahre 1974 bestanden und die bilateralen Beziehungen wiederholt äußerst belastet hatte, bildeten die in den beiden Ländern stattfindenden Wahlen des vergangenen Jahres. In Bangladesh kam die 'Awami League' an die Macht, die ungeachtet einer scharfen anti-indischen Rhetorik im Wahlkampf doch von Anbeginn erkennen ließ, daß man mit Indien möglichst schnell zu einer Einigung in der Wasserfrage kommen wollte und könnte. Die neue 'United Front' Regierung in Delhi hatte zur gleichen Zeit die Verbesserung der auswärtigen Beziehungen zu den Nachbarstaaten als politisch prioritär eingestuft, so daß die Grundlage für eine Verhandlungslösung gelegt war.

Der entscheidende Faktor zur Lösung lag indes weder in Delhi noch in Dhaka, sondern in Kalkutta. Der 'Chief Minister' Westbengalens, Jyoti Basu, hätte den Vertrag zu Fall bringen können. Die Schiffbarhaltung des Hafens von Kalkutta war zu Beginn der 1970er Jahre als Begründung zur Errichtung des Stauwehrs herangezogen worden

und galt bis zuletzt als dessen raison d'être. Jyoti Basu zeigte sich indes mit der Westbengalen im allgemeinen und dem Hafen im besonderen zugestanden Wassermenge zufrieden und unterließ es, von seinem faktischen Vetorecht Gebrauch zu machen.

Kritik kommt indessen von anderer Seite. Die indischen Bundesstaaten Bihar und Uttar Pradesh fürchten als Konsequenz aus dem Farakkavertrag einen Rückgang der für die Bewässerungswirtschaft notwendigen Wassermenge. Damit rückt auch eine größere Lösung in den

Blickpunkt, die geboten erscheint. Wichtig ist es, bereits im oberen Flußverlauf des Ganges Maßnahmen zu ergreifen, die die absolute Wassermenge sammeln und somit den Spielraum für alle Nutzer erhöhen. Vorschläge bestehen bereits: Die "Strukturalisten" favorisieren den Bau eines Kanals, der den Sankosh Fluß in Bhutan mit dem Teesta verbindet. Die "Non-Strukturalisten" wenden sich gegen solche einschneidenden ökologischen Veränderungen und sprechen sich für Aufforstungs- und Wasserscheidenentwicklungsmaßnahmen am oberen Flußverlauf aus.

Kritik am Vertragswerk kommt auch von politischer Seite. Die mit der ungeübten Oppositionsrolle schwer zurecht kommende 'Bangladesh Nationalist Party' um Begum Khaleda Zia glaubt Bangladesh durch den Farakkavertrag in noch größerer Abhängigkeit zu Indien befindlich - eine angesichts der in Annex 1 des Vertrages festgelegten, genau geregelten Wassermengen, die bei weitem das bisher erhaltene Quantum an Wasser übertreffen, eigenartige Argumentation. Der Präsident der indischen 'Bharatiya Janata Party', L.K. Advani, verweist dagegen auf die Nachteile, die eine solche Vertragslösung für die beiden indischen Bundesstaaten Bihar und Uttar Pradesh nach sich zieht, unterläßt es jedoch, weitergehende Regulierungsmöglichkeiten, wie die oben angedeuteten, zu erwähnen.

Ein Wermutstropfen für Bangladesh bleibt: Für Teile von Flora und Fauna kommt der Vertrag zu spät - sie sind bereits ausgestorben. Inwieweit andere ökologischen Folgen des Farakka-Stauwehrs reversibel sind, wird sich unter der Annahme der allseitigen Akzeptanz des Vertragswerkes wohl erst in einigen Jahren zeigen.

Positiv anzumerken bleibt, daß der Farakkavertrag eine zur Zeit durchaus positive Dynamik in den bilateralen Beziehungen zeitigt, die auch eine Lösung anderer strittiger Fragen (Transitwege für indische Produkte durch Bangladesh, Chakmaflüchtlinge, Trainingscamps nordostindischer Befreiungsbewegungen auf bangladeschischen Boden, etc.) ermöglichen könnte.

Die seit kurzem vor allem in Dhaka verstärkte diskutierten Möglichkeiten einer sub-regionalen Kooperation zwischen Nepal, Bhutan, Bangladesh und den nordostindischen Bundesstaaten spiegeln darüber hinaus interessante Denkansätze in Richtung einer stärkeren ökonomischen Integration wider, die letztlich auch SAARC zugute kommen könnte.



Der Vertrag soll unter anderem die Ausmaße der Überflutungen reduzieren (Foto: Heinz Wilms)

Martin Peter Houscht